

Beschluss Einigung beim Klimaschutzgesetz: Alle Sektoren müssen ihren Beitrag leisten!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 29.06.2024

Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

Antragstext

1 Für uns Grüne ist klar: Die Klimakrise ist DIE Menschheitsaufgabe unserer Zeit.
2 Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur noch auf ein für die
3 Menschheit lebensfähiges Maß zu begrenzen ist es zentral, dass auch Deutschland
4 seinen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise leistet.

5
6 Deutschland hat sich im Klimaschutzabkommen von Paris dazu verpflichtet, den
7 Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius
8 und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu
9 begrenzen. Daran muss sich jede Bundesregierung messen lassen. Das
10 Klimaschutzgesetz auf Bundesebene soll hierfür den Rahmen setzen und die
11 Grundlage bieten, dass ausreichend Maßnahmen ergriffen werden, damit dieses Ziel
12 erreicht wird. Dank Grünem Einsatz und Handeln ist es erstmals realistisch
13 möglich geworden, das Klimaziel für das Jahr 2030 zu erreichen, wenn die
14 Anstrengungen hoch bleiben. Sowohl im Bund als auch in NRW und in den Kommunen
15 sind in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft,
16 Abfall und Landnutzung eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, um mehr
17 Klimaschutz voranzubringen. Wir wissen aber auch, dass wir mehr machen müssen,
18 wenn wir der Klimakrise wirklich Einhalt gebieten wollen. Alle Sektoren müssen
19 ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Dafür liegen sinnvolle
20 Maßnahmen bereits seit Jahren auf den Tisch. Bisher muss zur Umsetzung dieser
21 Maßnahmen häufig um politische Mehrheiten gerungen werden, ob im Bundestag, im
22 Landtag oder auf kommunaler Ebene. Dabei ist Klimaschutz zentral für uns alle.

23
24 Wir Grünen setzen uns nachdrücklich bei allen Entscheidungen dafür ein, dass
25 Klimaschutz mitgedacht und zielführende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden –
26 in den Verhandlungen zum Straßenverkehrsgesetz auf Bundesebene genauso wie bei
27 Investitionen in klimafreundliche Stahlproduktion, oder im Rahmen der neuen
28 Landesbauordnung oder bei der Planung von Verkehrskonzepten in Kommunen. Das
29 Klimaschutzgesetz auf Bundesebene gestaltet für all diese Entscheidungen die
30 zentrale Grundlage. Auch das novellierte Gesetz soll garantieren, dass kein
31 Gramm CO₂ mehr ausgestoßen werden darf. Allerdings hätten wir uns als Grüne in
32 der konkreten Ausgestaltung des Klimaschutzgesetzes verbindlichere Regelungen
33 gewünscht. Gleichzeitig ist uns klar, dass die Novellierung des
34 Klimaschutzgesetzes einen politischen Kompromiss auf Bundesebene innerhalb der
35 Koalition aus SPD, Grünen und FDP darstellt. Bereits mit der Zustimmung zum
36 Koalitionsvertrag vor zweieinhalb Jahren wurde der Rahmen für diese
37 Überarbeitung als Teil eines Kompromisses festgehalten. Im Gegenzug zu dieser
38 Reform konnten wir Grünen in verschiedenen Sektoren mehr realen Klimaschutz
39 durchsetzen.

40
41 Das neue Klimaschutzgesetz blickt nun bei den Zielen stärker auf die Erreichung
42 der Klimazielpfade der Zukunft. Dazu gehört auch, dass die nächste
43 Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode nun ein Klimaschutzprogramm
44 vorlegen muss, dass das 2030-Ziel und das 2040-Ziel einhält. Diese Veränderung
45 finden wir richtig. Klar ist aber auch, dass alle Sektoren ihre Ziele erfüllen
46 müssen, damit Deutschland klimaneutral wird. Deshalb wäre aus Grüner Sicht eine
47 stärkere Verantwortung der einzelnen Sektoren sinnvoll gewesen. Auch wenn wir
48 uns freuen, dass die Energiewende im Strombereich durch neue Maßnahmen und
49 Bürokratieabbau endlich richtig Fahrt aufnimmt und damit unsere Emissionen

50 reduziert, müssen alle Sektoren jetzt die Weichen stellen, damit die Emissionen
51 planbar und nachhaltig reduziert werden. Die Daten zeigen deutlich, dass gerade
52 der Verkehrssektor bisher viel zu wenig für den Klimaschutz leistet. Wir Grünen
53 haben eine Vielzahl von Vorschlägen eingebracht, wie gerade im Verkehrsbereich
54 Emissionen reduziert und Mobilität klimafreundlich gestaltet werden kann. Ein
55 einfaches „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir erwarten von der SPD und der FDP,
56 dass sie ihrer Pflicht nachkommen, den Klimaschutz in allen Bereichen -
57 insbesondere aber im Verkehrsbereich - anzugehen und sinnvolle Vorschläge
58 vorzulegen, die wirklich Emissionen reduzieren Denn je länger wir mit Maßnahmen
59 warten, desto größer werden später die Herausforderungen. Für die Umsetzung der
60 Maßnahmen braucht es politische Mehrheiten. Dafür werden wir Grüne weiter
61 kämpfen und uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Klimaschutz
62 auf allen Ebenen bei Entscheidungen berücksichtigt und längst überfällige und
63 dringend notwendige Maßnahmen endlich ergriffen werden. Dabei haben wir auch die
64 sozialen Auswirkungen der Maßnahmen immer im Blick. Klimaschutzmaßnahmen müssen
65 immer auch sozial ausgestaltet werden. Hierbei würde das Klimageld einen Beitrag
66 leisten, für das wir uns auch weiter in der Regierung einsetzen werden. Aber auch
67 in den anstehenden Haushaltsberatungen auf Bundesebene werden wir Grüne deshalb
68 um jeden Euro für Klimaschutzmaßnahmen und für den Schutz von Umwelt und Natur
69 kämpfen. Klimaschutz ist wichtig für unsere Gesellschaft, unseren Wohlstand,
70 unsere Sicherheit und für globale Gerechtigkeit! Das muss sich auch im Haushalt
71 widerspiegeln.